



1. Mitteilungen

Mitteilung des Gemeinderatspräsidenten

Gemeinderatspräsident Hanspeter Schmid (BDP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie den Medienvertreter und das Publikum zur 19. Sitzung der Legislaturperiode 2014-2018. Er orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde.

Es werden keine Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden erhoben.

Die Sitzung wird mit dem Gedenken an einen verstorbenen ehemaligen Gemeinderat begonnen:

- Am 19. November 2016 verstarb Fritz Jauch. Fritz Jauch war von 1978 bis 1983 Mitglied des Gemeinderates und im Amtsjahr 1980/1981 Präsident des Gemeinderates.

Im Namen des Gemeinderates spricht der Ratspräsident der Familie von Fritz Jauch sein Beileid aus. Er bittet die Anwesenden, sich zum Andenken von Fritz Jauch für einen Schweigemoment zu erheben.

Ratspräsident Hanspeter Schmid teilt mit, dass an der letzten Gemeinderatssitzung die Begrüssung von Burkhard Huber, dem Nachfolger von Daniel Brühwiler, vergessen ging. Er heisst ihn somit heute im Gemeinderat herzlich Willkommen.

Unter bester Verdankung verabschiedet er die beiden Ratsmitglieder Hans Baumann (Rücktritt per Ende Dezember 2016) und Steven Sommer (Rücktritt per Ende Januar 2017) und dankt ihnen für ihr Engagement für Dübendorf.

Neue Geschäfte seit dem 7. November 2016

Seit der letzten Sitzung sind keine neuen Sachgeschäfte eingegangen.

Folgende politische Vorstösse sind neu beim Ratsbüro eingegangen:

- Interpellation Flavia Sutter (SP/Grüne) „Niederschwellige Sozialberatung“
- Interpellation Hans Baumann (SP/Grüne) „Situation in der Abteilung Sozialhilfe“

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Orlando Wyss (SVP)

„Am 11. November 2016 hat der Glattaler vermeldet, dass eine leitende Angestellte von Dübendorf verwarnt worden sei. Sie hat offensichtlich gegen geltende Richtlinien im Umgang mit den sozialen Medien verstossen, da in diesen festgehalten ist, dass keine Kommentare und Dokumente veröffentlicht werden sollen, welche nach Beurteilung des Stadtrates der Stadtverwaltung schaden würden. Der Stadtrat hat reagiert und die Leiterin der Sozialhilfe verwarnt. Dies ist eine ernstzunehmende und strenge Massnahme. Eigentlich hätte man erwarten können, dass hiermit die Angelegenheit erledigt gewesen wäre. Doch wie wir wissen, war dies erst der Beginn einer grossangelegten Kampagne, welche von langer Hand vorbereitet worden war und für deren Beginn nur noch die Initialzündung fehlte. Am nächsten Tag übernahm der linke Tagesanzeiger die Themenführerschaft. Mit einem gross aufgemachten Titel schrieb der Tagesanzeiger: «Sozialhilfe-Chefin verbreitete NPD-Propaganda». Die Nazi-Keule, mit der in Deutschland immer wieder versucht wird, missliebige Kritiker der fehlgeleitenden Flüchtlingspolitik zum Schweigen zu bringen, soll auch in Dübendorf zum Erfolg verhelfen. Eine unüberlegte Dummheit vom Tagesanzeiger war es, diesen ach so nazipropagandistischen Text zu veröffentlichen. Denn was da geschrieben stand, würde mit mir ein grosser Anteil unserer Bevölkerung mitunterschreiben. Bei den Vorwürfen gegen die Leiterin des Sozialhilfe Dübendorf merkte



man schnell die Stossrichtung ihrer Aussage. Sie war nicht in erster Linie gegen die sogenannten Flüchtlinge gerichtet, sondern gegen die Politiker, welche diese Missstände zuliessen und billigten. Die Linken von Dübendorf nutzten nun ihre vermeintliche Gunst der Stunde und begannen, aus vollen Rohren gegen die Sozialhilfe Dübendorf zu schiessen. Der nicht informierte Bürger würde sich darüber verwundert die Augen reiben. Wieso gegen die Sozialhilfe Dübendorf? Doch dies hat natürlich seinen Grund. Seit 2002 steht als Sozialvorstand Kurt Spillmann an der Spitze der Abteilung Soziales in Dübendorf. Er hat von Beginn weg die richtigen Themen gesetzt und auch die nötigen Massnahmen dazu in die Wege geleitet. Das Projekt Dübi-Jobs war von Anfang an ein Erfolg. Der Einbezug des Dübendorfer Gewerbes bei der Vermittlung von in Arbeitslosigkeit gekommenen Mitbürgern ist erfolgreich. Mit seinem guten Draht zum Gewerbe kann er hier sehr viel bewirken. Seit einiger Zeit ist die Leiterin der Sozialhilfe schon im Amt und sie macht einen guten Job. Die Sozialhilfe Dübendorf ist eine Erfolgsstory, welche man auch in Zahlen nachlesen kann. Und das bringt die Linken zur Weissglut. Denn beide Verantwortlichen gehören der SVP an. Und dies ist für ein linkes Hirn nicht zum Aushalten. Wie wir mitverfolgen konnten, benutzten die Linken von Dübendorf den Sturm im Wasserglas der Facebook-Einträge dazu, eine Schmierenkampagne zu beginnen. An vorderster Front der ehemalige Gewerkschafter Hans Baumann, der sein Leben lang auf Kosten von Mitgliedern, welche mit ihren Zwangsabgaben seinen Lohn finanzierten, ein System am Leben erhalten hat, welches von vielen Beteiligten als Mafia ähnlich bezeichnet wird. Mit nicht bewiesenen Vorwürfen werden ganze Baustellen geschlossen, um so die Macht der Gewerkschaften zu festigen. Ausgerechnet Gewerkschafter Hans Baumann betreibt zusammen mit der Grünen Gemeinderätin Flavia Sutter gegen die Leiterin der Sozialhilfe Dübendorf ein übles Mobbing. Denn sie hat in seiner Auffassung einen grossen Makel. Sie ist Mitglied der SVP. Doch meine Damen und Herren. Die kantonalen Aufsichtsbehörden und auch der Bezirksrat Uster haben der Stadt Dübendorf immer gute Noten in der Arbeit der Abteilung Soziales gegeben. In der Stadt Dübendorf wird den Sozialhilfesuchenden geholfen. Erwartet wird eine aktive Mithilfe der Betroffenen, um ihre Situation zu verbessern. Bei 72 % der umstrittenen Fälle, welche vor Bezirksrat behandelt wurden, erhielt die Sozialbehörde Dübendorf Recht. Bei den restlichen Fällen waren es teilweise Gutheissungen oder auch Korrekturen der Anordnungen. Dies ist ein sehr guter Wert und zeigt, dass die Behörde sehr gute Arbeit leistet. Am 4. Juli dieses Jahres konnten wir uns auf Einladung der Sozialabteilung Dübendorf ein Bild über die Arbeit dieser Behörde machen. Auch die Linken waren an diesem Anlass dabei. Es wurde uns erklärt, wie die Sozialhilfe Dübendorf arbeitet. An diesem Anlass, der von vielen Gemeinderatsmitgliedern aller Parteien besucht wurde, wäre die Gelegenheit gewesen, auf Missstände oder Verfehlungen der Sozialhilfe Dübendorf hinzuweisen. Denn Hans Baumann spricht ja von jahrelangen Verfehlungen, welche ihm ja dazumal auch bekannt gewesen sein sollten. Doch die Sozialabteilung war zu erfolgreich, als dass sich die Linken getraut hätten, solche unbewiesenen Anschuldigungen vorzubringen, wie sie es jetzt bei ihrer Schmierenkampagne machen. Ich war an dieser Veranstaltung auch dabei und mich hat die Arbeit überzeugt. Meine Damen und Herren. Die Arbeit in der Sozialhilfe ist ein schwieriges Betätigungsfeld. Sehr viele der Sozialhilfesuchenden kooperieren mit den Behörden und versuchen, ihre leidige Situation zu verbessern. Ich gehe davon aus, dass dies die Mehrzahl der Fälle ist, welche die Behörde behandeln muss. Doch es gibt auch solche, welche nicht kooperieren wollen und renitent gegen die Verfügungen der Sozialbehörde Dübendorf opponieren. Dies liegt in der Natur der Sache. Doch ich erwarte von der Sozialbehörde Dübendorf und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sozialhilfe, dass sie in Anwendung ihrer Richtlinien die Fälle zum Wohl der Sozialhilfesuchenden, aber auch in Verantwortung gegenüber den Steuerzahlern von Dübendorf ausübt. Die Sozialhilfe Dübendorf ist eine Erfolgsstory. Weil die Verantwortlichen der SVP Dübendorf angehören, ist im Moment ein sehr billiges, aber auch ein sehr durchsichtiges SVP-Bashing im Gange. Es sind ja von linker Seite zwei Interpellationen eingereicht worden. Ich erwarte vom Stadtrat Dübendorf klare Antworten auf diese Fragen. Meine Damen und Herren, sie und ich haben es sicher bemerkt. Die Linken haben jetzt mit dieser Schmierenkampagne den ersten Schritt gemacht und den Wahlkampf 2018 offiziell eröffnet.“



Ratspräsident Hanspeter Schmid (BDP/EVP)

„Ich bitte alle Redner, den parlamentarischen Anstand nicht zu vergessen und Äusserungen wie «Mobbing» künftig zu unterlassen.“

Flavia Sutter (SP/Grüne)

„Gerne nutze ich die Gelegenheit, um zu den Vorkommnissen im Zusammenhang mit dem Sozialamt Dübendorf für meine Fraktion Stellung zu nehmen. Unser Sozialamt war in den letzten Jahren immer wieder in den Schlagzeilen. 2009 der Austritt aus dem Zweckverband Soziale Dienste Bezirk Uster mit einer sehr starken Rüge des Bezirksrates, 2013 der eigenmächtige Austritt aus der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe. Seit 2014 sorgten die schlecht unterhaltenen Asylunterkünfte mehrmals für negative Presse und jetzt wurde erneut auf allen Kanälen negativ über Dübendorf berichtet. Zuerst ein kurzer Rückblick auf die Geschehnisse: Die Meldung an den Personalverantwortlichen der Stadtverwaltung zu den Facebook-Einträgen der Sozialhilfe-Leiterin kam aus unseren Reihen. Wir betonen, dass wir mit der Meldung den Dienstweg gegangen sind. Eine Mitarbeiterin mit derartigen Einträgen auf ihrer persönlichen Facebook-Seite verstösst gegen die Richtlinien der Stadtverwaltung. Zudem werfen die Einträge ein denkbar schlechtes Licht auf unsere Stadt. Die Screenshots der Einträge wurden anonym an den Glattaler geschickt und nach dem ersten Bericht desselben entstand ein grosser medialer Wirbel, das Interesse am Thema war gross. Aufgrund der grossen Öffentlichkeit bekamen wir unglaublich viele Rückmeldungen von den verschiedensten Seiten. Wir hörten oft: „Endlich unternimmt mal jemand etwas. Weiter so!“ Offenbar existieren die Missstände nicht erst seit kurzem, sondern schon lange. Es meldeten sich auch Personen, die entweder selber schlechte Erfahrungen gemacht haben oder Personen auf das Sozialamt begleitet haben und Zeuge geworden sind von unfreundlichem, beleidigendem und respektlosem Umgang mit Hilfesuchenden. Viele meldeten auch, dass sie „nie mehr dorthin“ gehen, lieber sich selber irgendwie durchwursteln, als sich nochmals herunterputzen zu lassen. „Ziel erreicht, so kann man Geld einsparen!“ höre ich da aus den rechten Reihen. Das sehen wir anders. Wer Hilfe braucht, soll sie bekommen, mindestens in Form einer Beratung mit Hilfe zur Selbsthilfe. Zu meinen, so könne man Sozialhilfebezüger und Randständige aus der Gemeinde verjagen, zeugt von einer menschenfeindlichen Einstellung. Und zudem ist es nun mal einfach so, dass nicht alle Menschen immer so funktionieren, wie sie sollten. Krisen gehören zum Leben. Die Facebook-Einträge waren ein Zeichen dafür, dass einiges schief läuft auf dem Sozialamt. Der Stadtrat hat reagiert, indem er der Mitarbeiterin einen schriftlichen Verweis erteilte und eine Ombudsstelle schuf. Aus unserer Sicht ist die Ombudsstelle ein Schritt in die richtige Richtung, aber wir befürchten, dass sich nicht viel ändern wird. Die Einstellung der Verantwortlichen, des Sozialvorstandes Kurt Spillmann, des Abteilungsleiters und der Sozialhilfe-Leiterin hat sich nicht geändert, sie werden ihre Arbeit wohl weiterführen wie bisher, wenn sich die Wogen wieder geglättet haben. In den Medien hat Lothar Ziörjen im Namen des Gesamtstadtrates gesagt, dass sie nichts gewusst hätten von den Vorkommnissen auf dem Sozialamt. Das kann ich mir nicht vorstellen! Die halbe Stadt redet darüber und nur der Stadtrat weiss von nichts? Das kann doch nicht sein. Wir hoffen, dass der Stadtrat in Zukunft genauer hinschauen wird. Wir werden es weiterhin tun. Hans Baumann und ich haben zwei Vorstösse zum Thema eingereicht und warten nun gespannt auf die Antworten des Stadtrates. Wir vertreten in dieser Sache viele Dübendorferinnen und Dübendorfer. Nicht nur, wie das die SVP-Vertreter gerne sähen, die politisch Linken, sondern alle, denen ein respektvoller und anständiger Umgang mit den Mitmenschen wichtig ist.“

Burkhard Huber (glp/GEU)

„Bei dem derzeit in der Öffentlichkeit breit diskutiertem Thema Sozialamt Dübendorf gilt es aus unserer Sicht zwischen zwei Bereichen zu unterscheiden: Erstens, dem Umgang von Mitarbeitenden der Stadtverwaltung mit sozialen Medien wie Facebook und Twitter und zweitens, den Vorwürfen betreffend des Umgangs des Sozialamts Dübendorf gegenüber Klienten. Zum ersten Bereich: Die handelnde Person ist offenbar ihrer vom Arbeitgeber erwarteten Eigenverantwortung in Bezug auf Äusserungen in der Öffentlichkeit nicht nachgekommen. Ferner scheinen die entsprechenden inter-



nen Richtlinien für das Verhalten der Angestellten in den sozialen Netzwerken zu wenig klar zu sein. Wir begrüßen die vom Stadtrat getroffenen Massnahmen wie die erteilte schriftliche, mit Auflagen verbundene Verwarnung und gehen davon aus, dass solche Vorkommnisse in der Zukunft nicht mehr auftreten. Vielleicht wäre es der Entschärfung der öffentlichen Diskussion dienlich gewesen, wenn sich die betroffene Person auch selbst zu diesem Fall geäussert hätte. Was den zweiten Bereich - die generellen Vorwürfe in Bezug auf den Umgangston des Sozialamts Dübendorf gegenüber Kunden - anbelangt, wird grundsätzlich vom Personal der Stadtverwaltung erwartet, dass es sich gegenüber Kundinnen und Kunden korrekt verhält. Die glp/GEU erachtet es jedoch als verfrüht, sich zu den Vorwürfen inhaltlich ohne weitere konkretere Informationen zu einzelnen Fällen bzw. zur Gesamtsituation zu äussern. Sie möchte für eine genauere Beurteilung zuerst die Antworten des Stadtrats auf die eingereichten Interpellationen abwarten. Es muss im Interesse aller sein, dass sauber abgeklärt wird, was an solchen Vorwürfen dran ist. Wenn die Erkenntnisse vorliegen, haben wir hoffentlich alle wieder klare Sicht auf Tatsachen und Fakten. In diesem Zusammenhang begrüsst die glp/GEU den Entscheid des Stadtrats zur Einsetzung einer zentralen und unabhängigen Ombudsstelle. Damit erhalten alle Personen, die unzufrieden oder verunsichert sind, sich unkorrekt behandelt fühlen oder Entscheide nicht nachvollziehen können, die Möglichkeit, ihre Anliegen vorzubringen. Wir hoffen, dass betroffene Personen nun von diesem Angebot Gebrauch machen - sowohl in Bezug auf bisherige Fälle als auch in der Zukunft. Von der Arbeit der Ombudsstelle erwarten wir einerseits mehr Klarheit über die tatsächliche Situation in Bezug auf das Kundenverhalten der Stadtverwaltung und andererseits aber auch erforderliche Massnahmen des Stadtrats bei ausgewiesenem Handlungsbedarf.“

Hans Baumann (SP/Grüne)

„Ich fange meine persönliche Erklärung so an, wie dies Daniel Brühwiler vor seinem Rücktritt kürzlich gemacht hat: „Es ist zwar unüblich, dass ein Gemeinderat an seiner letzten Sitzung etwas zu seinem Rücktritt sagt, aber....“ Ich trete jetzt nach fast 11 Jahren aus dem Gemeinderat aus. Es ist mir wichtig zu sagen, dass dies seit langem geplant und mit meiner Partei abgesprochen ist. Die Gründe dafür sind persönlicher Natur. Dass dies jetzt zeitlich zusammenfällt mit den jüngsten Ereignissen rund um die Sozialhilfe-Abteilung ist zufällig. Mein Rücktritt hat nichts damit zu tun. Ich finde nach wie vor, dass es wichtig, richtig und nötig war, in dieser Sache zu intervenieren und dass wir von der Fraktion aus immer korrekt gehandelt haben. Ich trete auch keineswegs aus Frust oder mit Groll zurück. Natürlich habe ich mich manchmal aufgeregt über die Uneinsichtigkeit unserer politischen Gegner und darüber, dass es oft in Dübendorf so gar nicht vorwärts geht. Das gehört zum politischen Engagement. Aber die Arbeit im Gemeinderat, mit der Fraktion und in der GRPK hat mir immer sehr gut gefallen und ich habe in diesen 11 Jahren auch noch einmal viel Neues gelernt. Allen hier im Saal, mit denen ich zu tun hatte, danke ich herzlich für die Zusammenarbeit in den letzten Jahren. Auch allen mit denen ich in der Stadtverwaltung zu tun hatte. Die grosse Mehrheit von ihnen macht einen guten oder ausgezeichneten Job. Falls es jetzt doch jemanden hier im Saal gibt, der erleichtert aufschneuft und sagt: „Endlich....“: So ganz werdet ihr mich nicht los. Ich werde weiter politisch aktiv bleiben und im Kanton und in Dübendorf versuchen, mich für meine Partei und meine Ideen einzusetzen - und vielleicht den einen oder die eine von euch damit auch gelegentlich etwas nerven aber ich hoffe, dadurch andere positiv zu überraschen und zu unterstützen.“

Patrick Walder (SVP)

„Ich stehe hier vorne mit einer persönlichen Erklärung als Präsident der SVP Dübendorf. Es ist wichtig, dass Personen, die angegriffen werden und sich selbst nicht verteidigen können, eine Stimme erhalten. Die glp/GEU sagte in ihrer Fraktionserklärung, dass es schön gewesen wäre, wenn sich die betroffene Person selbst zu Wort gemeldet hätte. Da hat sie vielleicht Recht. Aber dies ist nicht einfach, wenn man als Leiterin einer Abteilung persönlich und medial angegriffen wird. Sich dann in der Zeitung dazu zu äussern, ist nicht einfach. Denn man weiss nicht, was dieser Bericht für eine Überschrift resp. Titel erhalten wird. Sie wissen, dass wir von der SVP nicht diejenigen sind, die sich zurückhalten, wenn es um Angriffe geht. Aber wir greifen Personen an, die hier nach vorne treten kön-



nen und sich zu den Vorwürfen äussern können. Es ist sogar in der Geschäftsordnung festgehalten, dass wenn man Gegenstand einer Fraktionserklärung ist, man sich dagegen auch wehren kann. Angestellte der Stadtverwaltung können das nicht. Flavia Sutter ging heute in ihrer Fraktionserklärung sogar noch einen Schritt weiter. Sie hat nicht nur die Leiterin der Sozialhilfe angegriffen, sondern auch den Leiter der ganzen Abteilung Soziales. Wieder einen Angestellten anstatt eine politische Person. Flavia Sutter, wir stehen hier vorne. Unsere Fraktion ist anwesend und der Stadtrat auch. Greift also uns an aber nicht Angestellte, die sich nicht wehren können. Das ist ein Umgang und eine Form der Opposition, die so nicht akzeptiert werden kann und wogegen deutliche Worte ergriffen werden müssen. Sie alle wissen, dass ich kein Fan des Gesamtverkehrskonzepts bin. Aber trotzdem habe ich in keiner Art und Weise Probleme mit dem Leiter Stadtplanung. Nach dem letzten Hockey-match des Gemeinde- und Stadtrates konnte ich neben ihm ein Fondue essen und habe mit ihm angestossen. Flavia Sutter und Hans Baumann, ich bin gespannt, ob ihr das mit der Leiterin Sozialhilfe auch könntet. Entscheidend ist: Geht auf die politischen Gegner und die politischen Personen los, denn wir können uns wehren. Geht auf uns oder unsere Stadträte los, denn wir können hier im Rat etwas dazu sagen. Aber geht nicht auf die Wehrlosen. Noch ein kleiner Gedanke, bei dem ich vielleicht nicht ganz gleicher Meinung bin wie der Stadtrat. Ich möchte mich zur Verwarnung äussern. Es gibt eine Verordnung und ein Reglement, dass sich Staatsangestellte sehr vorsichtig äussern müssen, wenn es um politische Angelegenheit geht. Aber, meine Damen und Herren, wir haben erstens eine Meinungsfreiheit, zweitens ein Milizsystem - wir müssen froh sein, wenn sich Leute engagieren, die von der Materie etwas verstehen - und wir haben drittens ein Strafgesetzbuch, mittels dem gegen Äusserungen, die gegen Recht verstossen, vorgegangen werden kann. Das war offensichtlich nicht der Fall, weshalb man dann auf die Person geschossen hat. Auf die gleiche Person schießt man jetzt auch in der Interpellation und der heutigen Fraktionserklärung der linken Seite, was ich sehr bedauere. In der Interpellation ist vor allem erschreckend, dass man jetzt von einem fremdenfeindlichen Klima in der Sozialhilfe spricht. Am Anfang hat man nur die Leiterin angegriffen, nun macht man es bei allen Mitarbeitern. Das ist nicht zu tolerieren resp. dürfte nicht toleriert werden. Lieber Hans Baumann, dass du im neuen Jahr nicht mehr im Gemeinderat bist und wir diese Diskussion nicht mehr führen können, ist schade. Denn ich habe die politischen Diskussionen geschätzt. Und ich hoffe, dass wenn du dich im Vorstand der SP weiterhin engagierst, dass wir die politischen Diskussionen weiterhin führen können - und zwar zwischen Politikern und nicht Politiker gegen Angestellte.“

Die Richtigkeit bescheinigt

Beatrix Pelican
Gemeinderatssekretärin